

## **Paritätisches Positionspapier Kreisgruppe Wuppertal**

Cannabis ist die wohl am meisten konsumierte illegale Droge in Deutschland. Cannabis kann als Droge durchaus negative Auswirkungen auf den Menschen haben kann.

Darum waren über Jahrzehnte die meisten Staaten der Welt damit befasst, den Konsum von Cannabis zu verhindern. Dabei griffen die Regierungen zu unterschiedlichen juristischen Mitteln. In der Welt ist die Änderung der Drogenpolitik mittlerweile ein globales Thema geworden.

In Deutschland hat sich die Meinung verfestigt, dass der Konsum von Cannabis nicht zu tolerieren ist. Deutschland setzt deshalb seit über 40 Jahre auf einen „Krieg gegen das Rauschgift“, ohne dass die Anzahl der Menschen, die diese Droge konsumieren, zurückgegangen ist. Andere Stimmen, die eine Änderung fordern werden lauter.

So hat auch der DPWV-Gesamtverband eine Stellungnahme veröffentlicht, in der diese Herangehensweise als gescheitert bezeichnet wird.

**Siehe:**

**„Paritätisches Positionspapier - Ein „Weiter so!“ verbietet sich. Cannabispolitik ändern – Jugend schützen (Der Paritätische Gesamtverband, Berlin, 13. März 2017**

In diesem Papier wird ausführlich beschrieben, dass die negativen Auswirkungen den Nutzen der Pönalisierung bei weitem überschreiten.

**Vor diesem Hintergrund fordert die DPWV-Kreisgruppe Wuppertal, diesen sinnlosen Bestrebungen ein Ende zu setzen:**

- Der Besitz von Cannabis darf nicht weiter unter Strafe gestellt werden.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die Cannabispolitik zu überprüfen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, Modelle für einen Freien Umgang mit Cannabis zu entwerfen bzw. zuzulassen. Der Jugendschutz muss bei diesen Modellen Berücksichtigung finden.
- Die Qualitätskontrolle zur Abwehr gesundheitlicher Risiken muss gewährleistet sein.
- Präventionsprogramme sollen ein risikoarmes Konsumverhaltens fördern.
- Eine ideologiefreie Aufklärung, Prävention und Hilfe muss ermöglicht werden.
- Es müssen die kriminellen Handelsstrukturen zerschlagen werden.
- Die Justiz, Polizei und Verwaltung soll auf organisierte Kriminalität einwirken.

Die Summe aller Argumente belegt, dass der Umgang mit Cannabis in Deutschland auf den Prüfstand gehört. Die derzeitige Praxis ist absolut unbefriedigend und muss sich ändern.

Wuppertal im März 2018

05.01.2018. Eine Befragung in der Schweiz belegt, dass sich 69 % der Bevölkerung für eine Legalisierung aussprechen.

05.02.2018: Der „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ fordert die Legalisierung von Cannabis.